

Zerstörung des Euro und Zerfall der Eurozone!

19.01.2017 | [Uli Pfauntsch](#)

Seit Anfang 2016 ist es nach geltender Gesetzeslage verboten, dass Kreditinstitute in der Eurozone mit dem Geld der Steuerzahler gerettet werden. Es war das zentrale Fazit aus der letzten Finanzkrise: Nie wieder sollten Staaten für das Missmanagement der Geldhäuser gerade stehen müssen, um im Zweifel ihre eigene Zahlungsfähigkeit nicht zu gefährden. Bevor staatliches Geld fließt, müssen private Gläubiger umfassend an der Haftung beteiligt werden.

Doch die Einhaltung solcher Vereinbarungen scheint in Rom niemanden zu kümmern. Da die angeschlagenen italienischen Banken "systemrelevant" seien, so das italienische Parlament, greife die Regel nicht. Italien werde, wenn man keine privaten Investoren finde, selbst die nötigen Kapitalerhöhungen zeichnen und sich somit an den Banken beteiligen.

Nun hat die Regierung das Parlament ersucht, für die Rettung der wackligsten Banken zunächst 20 Milliarden Euro freizugeben. Allein die Bank Monte dei Paschi, das drittgrößte Institut Italiens, benötigt laut Notenbank 6,6 Milliarden Euro vom Staat. Anstatt ihr Veto gegen den (rechtswidrigen) Rettungsplan einzulegen, erteilte die EU-Kommission nun grünes Licht.

Es gibt nur ein Problem: Ein Bail-out wird Italien bestenfalls etwas mehr Zeit kaufen. Laut Bloomberg benötigen Italiens Banken mindestens 52 Milliarden Euro, um ihre Bilanzen aufzuräumen und damit sehr viel mehr als von der Regierung beabsichtigt. Realistisch betrachtet, ist eine nachhaltige Rettung des italienischen Bankensystems aussichtslos. Angesichts notleidender Kredite im Volumen von 400 Milliarden Euro mit steigender Tendenz, sind 20 Milliarden Euro nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, um das Loch zu stopfen.

Doch das italienische Bankensystem ist nicht der einzige Grund, sich Sorgen zu machen. Wie Sie wissen, ist Italien einer der meist verschuldeten Staaten des Planeten. Mit 2,3 Billionen Euro beläuft sich die Verschuldung auf mehr als 130 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt. Bedenkt man, dass der Staatsanteil Italiens bei mehr als 50 Prozent des BIPs liegt, wird der hoffnungslose Bankrott der italienischen Regierung noch deutlicher. Damit ist es dem italienischen Staat unmöglich, aus dem verbleibenden produktiven Teil der Wirtschaft, der zudem seit 15 Jahren stagniert, auch nur annähernd ausreichend Steuern zu erheben, um das, was man sich geliehen hat, jemals zurückzuzahlen.

Italiens Bond-Markt in perverser Situation

Seit dem Programmstart im März 2015 bis Ende Dezember 2016 nahem die EZB Staats- und Regionalanleihen im Umfang von 1,255 Billionen Euro in ihre Bücher. Einschließlich Unternehmensanleihen und Hypothekenpapieren, kletterten die Wertpapierkäufe bis Ende Dezember auf 1,532 Billionen Euro. Bis Ende 2017 wird das geplante Gesamtvolumen auf voraussichtlich 2,28 Billionen Euro anschwellen. Es ist kein Geheimnis, dass Mario Draghi seit geraumer Zeit verstärkt Schuldpapiere der Krisenstaaten aufkauft, insbesondere die der Italiener.

Dank dieser rücksichtslosen Aufkäufe notieren italienische Staatsanleihen zu rekordtiefen Renditen. Schuldpapiere im Umfang von rund 1 Billion Euro notieren sogar zu negativen Renditen. Wer diese Bonds besitzt, muss auch noch dafür bezahlen, einer bankrotten Regierung Geld leihen zu dürfen. Es ist eine bizarre und perverse Situation, die nicht das Geringste mit der eigentlichen Funktionsweise der Bond-Märkte zu tun hat.

Angesichts der erheblichen Risiken in Verbindung mit der bankrotten Regierung Italiens, müssten die italienischen Anleihe-Renditen nahe den Rekordhochs - und nicht den Rekordtiefs - notieren. In der trügerischen Wahrnehmung, dass die Europäische Zentralbank und der europäische Steuerzahler für alles und jeden garantiert, preist der Markt nicht ein, wie schlimm es tatsächlich um Italien steht. Die Europäische Zentralbank kann den unvermeidlichen "Tag des Jüngsten Gerichts" mit der Fortsetzung ihrer Milliarden schweren Aufkäufe italienischer Schuldtitel allenfalls noch verzögern. Doch es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis die italienische Bond-Blase platzen wird.

Dramatische Folgen für den deutschen Steuerzahler

Die "Wirtschaftswoche" erklärt in ihrem jüngsten Artikel "Wie die EZB die Währungsunion zur

Haftungsgemeinschaft macht" die Folgen für Deutschland an einem einfachen Beispiel: Nehmen wir an, dass die Verkäufer der Staatsanleihen den italienischen Banken nicht trauen und die erhaltenen Einlagen nach Deutschland überweisen. Deutschland hat nun einen Zahlungsbilanzüberschuss, Italien ein Zahlungsbilanzdefizit.

Verbucht wird die Forderung Deutschlands gegenüber Italien im so genannten Target2 Saldo. Laut Wirtschaftswoche ist das ungefähr so, als ob Italien beim Kneipenwirt erstmal hat anschreiben lassen, während Deutschland schon mal künftige Bestellungen vorbezahlt hat. Seit dem Aufkaufprogramm der EZB sind die Target2 Forderungen gegenüber Italien sprunghaft angestiegen. Im Oktober belief sich die italienische Verpflichtung auf rund 360 Milliarden Euro. Seitdem dürfte sich die Kapitalflucht aus Italien weiter beschleunigt haben.

Bekanntlich sind eurokritische Parteien wie die Fünf-Sterne-Bewegung und die Lega Nord in Italien auf dem Vormarsch. Sollte das Undenkbare eintreten und Italien aus dem Euro austreten, wäre ein Bankrott der Banca d'Italia die logische Konsequenz.

Dann werden die Forderungen Deutschlands aus den Target-2 Salden, die sich per 22.12.2016 auf 754 Milliarden Euro beliefen und am Ende - wenn die einzelnen Notenbanken ins Wanken geraten - sich nochmals dramatisch aufschaukeln werden - schlagartig verloren sein.

Ein Austritt Italiens aus der Euro-Zone würde voraussichtlich den temporären Zusammenbruch des weltgrößten Wirtschaftsraums bedeuten. Die Schockwellen, die dieses Ereignis um die Welt senden würde, entziehen sich jeglicher Vorstellungskraft. Es wäre schlimmer, als sämtliche Krisen aus der Vergangenheit. Denn die Europäische Union, wie wir sie kennen, würde nicht mehr existieren - ebenso wenig wie der Euro!

Europäische Union + Euro - Ausblick für 2017

Tatsache ist, dass die Fliehkräfte, die drohen, die Europäische Union und den Euro zu zerreißen, noch nie so stark waren als heute. Die Fehler liegen weniger im Euro selbst, sondern bei Politikern, die Recht und Gesetz permanent aushebeln und eine rote Linie nach der anderen überschreiten. Das wahrscheinlichste Szenario ist, dass der Euro unter allen Umständen erhalten wird. Dabei geht es aber längst nicht mehr um Rückzahlung von Schulden, sondern lediglich noch um die Fähigkeit, die Zinslast zu bedienen.

Deshalb wird Draghi voraussichtlich alles tun, um die Zinsen möglichst niedrig zu halten und das Problem über die Inflation (Geldentwertung) zu lösen. Nachdem der jüngste Präzedenzfall der italienischen Bankenrettung einmal mehr fatale Signalwirkung auf Banken in anderen Krisenstaaten zeigen dürfte, ist bezüglich des Werterhalts unserer Gemeinschaftswährung mit dem Schlimmsten zu rechnen. Der Euro befindet sich ganz klar im Überlebenskampf und wird durch das rücksichtslose Gelddrucken der Europäischen Zentralbank seinen Abstieg weiter beschleunigen.

Zudem wird 2017 ein Jahr, in dem wir das politische Risiko genau im Auge behalten sollten. Mit Wahlen in Frankreich, Deutschland und den Niederlanden ist die Frage, welcher Dominostein nach Brexit und Trump als nächstes fallen wird. Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Frankreich finden am 23. April und 7. Mai 2017 statt. Ein Sieg von Marien Le Pen (Front National) wäre sicherlich das Ende der Europäischen Union. Zuvor könnten die Niederlande bereits im März einen Rechtsruck erfahren, der zeigt, wohin die Reise für den Rest Europas geht.

Die Gefahr ist sehr konkret: Denn was in Bezug auf globalisierte Märkte und gegenseitig nützliche politische Verbindungen über Jahrzehnte aufgebaut wurde, kann möglicherweise binnen weniger Monate zerstört werden.

- Das bedeutet: Meiden Sie unbedingt sämtliche Geldwert-Anlagen, die einem Gläubiger/Schuldner-Verhältnis unterliegen (Anleihen, Rentenfonds, Inhaberschuldverschreibungen, Mischfonds, Lebensversicherungen, Sparverträge, Sparguthaben, Geldmarktfonds).
- Schichten Sie stattdessen in Sachwerte um, die keinem Gläubiger/Schuldner-Verhältnis unterliegen (Gold, Silber, Rohstoff- und Minenwerte, Wohnimmobilien wie das [German Real Estate ETI](#)).

Trump und das unweigerliche Szenario!

Über die letzten acht Monate stieg der U.S. Dollar Index (der die Performance des Dollar gegenüber den

sechs wichtigsten Währungen abbildet) um 11 Prozent und erreichte zuletzt den höchsten Stand seit 15 Jahren. Der feste Dollar ist derzeit eine der größten Investment-Stories der Welt. Die weitverbreitete Meinung ist, dass der Dollar nur noch stärker werden kann. Ein Grund ist die Fed-Politik. Erstmals seit acht Jahren erhöhte die US-Notenbank den Leitzins im letzten Monat um 0,25 Prozent und plant für dieses Jahr drei weitere Zinsanhebungen. Da U.S. Assets nun beginnen, mehr zu "zahlen", wird der Dollar für ausländische Investoren attraktiver.

Doch das ist nicht der einzige Grund für einen festen Dollar. Die Europäische Zentralbank und die Bank of Japan drucken nach wie vor Geld. Sie hoffen, dass diese radikalen Maßnahmen ihre Wirtschaft stimulieren. Doch es ist sehr viel wahrscheinlicher, dass sie die Währungen, die sie eigentlich schützen sollten, zunehmend zerstören.

Mit anderen Worten, richtet die Fed derzeit weniger Schaden an als die Europäische Zentralbank und die Bank of Japan. Zudem ist die Wall Street seit der US-Wahl im "Trumpanomics"-Stadium. Der Markt erhofft sich durch die Kombination aus Steuersenkungen, Infrastruktur-Programmen sowie einer erneuten Deregulierung des Bankensektors einen massiven Konjunkturschub. Es gibt also durchaus Gründe, die für einen steigenden Dollar sprechen.

Doch es gibt eine Sache, die von den Investoren völlig vergessen scheint: Die US-Staatsverschuldung. Ende 2007 belief sich die Verschuldung der US-Regierung auf 9,22 Billionen Dollar. Wenn Trump am 20. Januar offiziell sein Amt antritt, wird der Schuldenberg die Marke von 20 Billionen Dollar überschritten haben. Das entspricht einem Anstieg der Verschuldung um 114 Prozent in nur neun Jahren. Barack Obama ist somit das "Kunststück" gelungen, in seiner achtjährigen Amtszeit so viele Schulden anzuhäufen wie die 43 Präsidenten der Vereinigten Staaten in den letzten 232 Jahren zusammen.

Doch dank der Politik des billigen Geldes und konstant sinkender Zinsen, sind die Kapitalkosten der US-Regierung trotz einer Verdopplung der Schulden seit Ende 2007 von jährlich 430 Milliarden Dollar auf nur 432 Milliarden Dollar gestiegen. Das Problem ist, dass die Zinsen nicht ewig auf dem künstlich tiefen Niveau bleiben können.

Ein Anstieg der Zinsen um 1% (was etwa seit der Wahl von Trump bereits eingetreten ist), erhöht die Zinszahlungen der US-Regierung auf circa 633 Milliarden Dollar. Zum Vergleich: Das gigantische Militärbudget der Vereinigten Staaten summierte sich in 2015 auf 598,5 Milliarden Dollar. Mit einem Anstieg der Zinsen um 2% auf 4,2%, sprechen wir bereits über 831 Milliarden Dollar. Und ein Anstieg um 3% auf 5,2% (was dem Niveau vor der Finanzkrise entspricht) erhöht die Ausgaben auf mehr als 1 Billion Dollar jährlich - allein an Zinszahlungen!

Vom dritten Quartal 2015 bis zum dritten Quartal 2016 erhöhte sich die US-Staatsverschuldung um mehr als 1,4 Billionen Dollar. Und mit mehr als 300 Milliarden Dollar, die seit dem dritten Quartal 2016 hinzugefügt wurden, scheint sich das Tempo des Schuldenanstiegs nicht abzuschwächen, sondern weiter zu beschleunigen.

Der Trump-Plan sieht unter anderem vor, die Unternehmenssteuern auf 15 Prozent zu senken. Das ist eine enorme Kürzung vom derzeitigen Spitzensteuersatz von 39,6 Prozent. Laut einer Schätzung des "Tax Policy Center", wird der Plan von Trump die Steuereinnahmen der Regierung über die nächsten 10 Jahre um 6,2 Billionen Dollar schrumpfen lassen.

Gleichzeitig plant Trump eine massive Erhöhung der Ausgaben um 500 Milliarden Dollar bis 1 Billion Dollar. Es gibt keinen Grund anzunehmen, warum das Defizit in 2017 niedriger als in 2016 ausfallen sollte. Der Schuldenberg der Regierung wird pro Fiskaljahr voraussichtlich um mehr als 1 Billion Dollar wachsen, möglicherweise sogar um nahezu 2 Billionen Dollar - wie zu Zeiten nach der Finanzkrise.

Man muss kein Wirtschaftsprofessor sein, um zu erkennen, dass derartige Defizite untragbar sind. Donald Trump, der selbsternannte "Schuldenkönig", glaubt offenbar nicht, dass die USA irgendeine Verpflichtung haben, ihre Schulden jemals zurückzuzahlen. In "Unternehmermanier" sprach Trump zu seinen Wahlveranstaltungen sowohl von der Möglichkeit, zur Finanzierung der Schulden Geld zu drucken, als auch von der Alternative, den Gläubigern einen "Deal" anzubieten.

Im Klartext: Entweder wird massiv Geld gedruckt, um die Schulden zu finanzieren oder man überzeugt die Gläubiger, am Ende weniger zu nehmen, als man ihnen schuldet. Die Marktteilnehmer, die in diesen Tagen jubeln, glauben, dass das Infrastrukturprogramm von Trump, seine Steuersenkungen und sein Haushaltsdefizit von geschätzten 6 Billionen Dollar über die kommenden vier Jahre Gewinner im Aktienmarkt und Wohlstand für das Land hervorbringt.

Stattdessen werden steigende Zinsen, verursacht durch Inflation und eine Bonitätsverschlechterung der USA, einen neuen Kreditausfallzyklus auslösen. Dieses Szenario spricht klar und deutlich für Stagflation. Die

brutale Kombination von Inflation und stagnierendem Wachstum. Es bedeutet, dass sämtliche Dinge, die Sie zum täglichen Bedarf benötigen (Nahrung, Benzin, Strom, etc.), im Preis steigen, während etwa der Wert von Bonds und Aktien sinkt. Von 1973 bis 1975 schrumpfte das US-BIP über sechs Quartale in Folge - gleichzeitig stieg der Konsumentenpreis-Index von weniger als 3 Prozent bis Ende 1974 auf mehr als 12 Prozent. Ebenfalls verdreifachten sich die Preise für Gold, Kupfer und Öl.

"Trump Reality Show" und der Aktien-Crash!

Vor der Wahl waren noch viele Investoren besorgt. Es herrschte Nervosität - über die die schwache U.S. Wirtschaft und die Blasen im Finanzsystem. Seit der Wahl von Trump scheinen sämtliche Sorgen vergessen. Die Märkte geben ihm einen gewaltigen Vorschuss für Dinge, die er noch nicht einmal versucht hat, in Angriff zu nehmen. Spätestens dann, wenn Trump in der dritten Januar-Woche sein Amt antritt, werden wir anstatt der "Trump Honeymoon Show" die "Trump Reality Show" erleben. Dann wird sich zeigen, ob die Euphorie an den Aktienmärkten gerechtfertigt war oder nicht.

In der Regel endet die Honeymoon-Rallye bereits mit der Amtsantrittsrede des Präsidenten im Oval Office, also am 20. Januar. Spätestens dann, wenn klar wird, dass Trump nach der 100-Tage-Frist die hohen Erwartungen nicht erfüllt, könnten die Märkte ins Straucheln geraten. Das wäre Ende April/Anfang Mai.

Ein klares Warnsignal ist das so genannte Shiller KGV, berechnet vom gleichnamigen Nobelpreisträger Robert Shiller. Derzeit notiert der Indikator bei 28,06 Punkten. Das letzte Mal, als das Shiller KGV oberhalb von 27 Punkten notierte, war im Oktober 2007, dem Start des letzten Bärenmarktes, der bis März 2009 mehr als die Hälfte des Wertes der US-Aktien vernichtete. Fakt ist auch, dass es in der Historie erst dreimal zu einem Wert von mehr als 27 Punkten gekommen ist: In 1929, der Großen Depression, Ende der 90er Jahre, die zum Platzen der Tech-Bubble führten und zur globalen Finanzkrise in 2007.

Neulinge, die erst jetzt in den Aktienmarkt kommen, sollten außerdem wissen, dass der aktuelle Bullenmarkt nun fast acht Jahre andauert. Es ist der zweitlängste Bullenmarkt aller Zeiten. Wenn sich Geschichte wiederholt, dann haben wir eine Wahrscheinlichkeit von 80 Prozent, dass der nächste Bärenmarkt um die Ecke lauert.

Meine Prognose für 2017: Gold steigt auf 1.500 Dollar je Unze!

Nicht jeder glaubt, dass der Dollar steigen wird. Das US-Haushaltsdefizit wird massiv zunehmen. Wenn Trump zudem eine protektionistische Wirtschaftspolitik verfolgt und Strafzölle gegen China und andere Staaten verhängt, warum sollten diese dann überhaupt noch US-Staatsanleihen halten oder gar neu kaufen. Tatsächlich sind die Nettokäufe von US-Staatsanleihen rund um den Globus auf die niedrigsten Levels seit den 90er Jahren gesunken.

Russland überraschte zuletzt mit den größten Goldkäufen seit mehr als 20 Jahren. China, Saudi Arabien und andere Staaten verkaufen US-Dollars und Wertpapiere in einem Umfang, der seit Jahrzehnten nicht gesehen wurde. Abgesehen davon, dass andere nationale Währungen aufgrund ihrer eigenen Schwierigkeiten noch schneller abwerten, gibt es keinen fundamentalen Grund, dass der Dollar über die kommenden Jahre stärker wird.

Stellen Sie sich die Frage, was Ihnen als Zentralbank (oder Investor) lieber ist:

- Die Schuldverpflichtung einer Nation, die gezwungen ist, zunehmend mehr Währungseinheiten auszugeben, um die ausufernden Staatsdefizite zu finanzieren
- Oder Gold, eine globale Währung, die im Vergleich zu den Schuldverpflichtungen der USA nicht nur auf Allzeit-Tief notiert, sondern auch in immer geringeren Mengen produziert wird, mit einem aktuellen Preis, der nicht ausreichend ist, um die derzeitige Produktion beizubehalten.

Während die Zentralbanken von China, Russland und anderen Staaten ihre Dollar-Abhängigkeit reduzieren und ihre Goldbestände aufstocken, ist die breite Masse noch unterinvestiert. Als Gold von 1976 von rund 160 Dollar bis Anfang 1980 auf über 800 Dollar je Unze stieg, kamen Gold-Investments auf einen Anteil von 5 Prozent der gesamten globalen Finanz-Assets. Bis 2000 sank dieser Anteil auf 0,19 Prozent und beläuft sich heute noch immer auf niedrige 0,58 Prozent.

Die globalen Finanz-Assets entsprechen heute einem Volumen von circa 105 Billionen Dollar. Sollte der

Anteil erneut auf 5 Prozent steigen, würde dies bedeuten, dass 5,25 Billionen Dollar in Gold fließen würden. Zum Vergleich: Die geschätzte Jahresproduktion von 3.000 Tonnen entspricht bei einem Goldpreis von 1.150 Dollar je Unze gerade einmal einem Gegenwert von rund 110 Milliarden Dollar.

Es benötigt deshalb nur einen relativ geringen Anstieg der Investment-Nachfrage, um Gold auf 1.500 Dollar oder höher steigen zu lassen.

Sensationelle Profite mit Goldaktien!



Gold markierte am 15. Dezember bei 1.124 Dollar seinen Boden und notiert aktuell bei 1.193 Dollar. Das Dezember-Tief wird sich im Nachhinein betrachtet als Korrekturtief erweisen, das einen neuen, langjährigen Bullenmarkt-Zyklus einläutet. Im Falle einer größeren Währungskrise oder eines anderen "Black Swan Events", besteht Aussicht auf weiteres Potenzial bis auf neue Allzeit-Hochs von mehr als 2.000 Dollar/Unze.

Auch Sie werden mit steigenden Goldpreisen in der Lage sein, sehr viel Geld zu verdienen. Der Schlüssel liegt im Kauf von Minenwerten. Wie Sie wissen, verfügen die Minen- und Explorationswerte über einen starken Hebel auf Gold. Während des Bullenmarktes 2000 bis 2003 stieg die durchschnittliche Goldaktie um mehr als 600 Prozent. Die besten Werte stiegen um 1.000 Prozent und mehr. Natürlich geht nicht jedes Goldunternehmen als Gewinner hervor. Tatsächlich entpuppen sich die meisten Minen- und Explorationswerte als Rohrkrepieler.

Grund ist, dass das Minen-Business unglaublich schwierig ist. So bedeutet die Entwicklung einer neuen Mine nichts anderes als eine konstante Abfolge von Problemen, die gelöst werden müssen. Deshalb setzt der CompanyMaker im Depot Minen & Rohstoffe ausschließlich auf die wenigen Unternehmen, die sich durch ein Top-Management, starke Bilanz, hohe Qualität, niedriges Risiko und hervorragende Lage auszeichnen.

Gleichzeitig setzen wir im neu aufgelegten CompanyMaker-Turnaround-Depot antizyklisch auf Uran. Es gibt derzeit keinen anderen Rohstoff mit stärkerem Aufwärtspotenzial und gleichzeitig weniger Abwärtspotenzial.

In vergangenen Bullenmarkt-Zyklen schossen Uranaktien teilweise um das 100-Fache nach oben. Als die Uranpreise in 2007 auf 130 Dollar/Pfund schossen, explodierten selbst die schlechtesten Uranwerte in dieser Phase um das 20-Fache. In kaum einem anderen Sektor sind derart "brutale" Gewinne möglich.

Im aktuellen CompanyMaker-Spezialreport erfahren Sie alles, was Sie über die neuen Uran-Favoriten wissen müssen. Neben Gold, Silber, Öl & Gas und anderen spannenden Rohstoffen, werde ich Sie künftig über alles, was Sie über den Uransektor wissen müssen, auf dem Laufenden halten.

© Uli Pfauntsch

www.companymaker.de

RISIKOHINWEIS und HAFTUNG: Alle in www.Investman.de veröffentlichten Informationen beruhen auf Informationen und Quellen, die der Herausgeber für vertrauenswürdig und seriös erachtet. Es handelt sich bei unseren Veröffentlichungen nicht um Finanzanalysen gemäß §34WpHG, sondern um journalistische Recherchen. Die Informationen stellen weder ein Verkaufsangebot für die behandelte(n) Aktie(n), noch eine Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren dar. Den Ausführungen liegt zudem eigenes Research zugrunde. Für die Richtigkeit des Inhalts kann trotzdem keine Haftung übernommen werden. Gerade Nebenwerte, sowie alle börsennotierten Wertpapiere sind zum Teil erheblichen Schwankungen und Risiken unterworfen. Deshalb ist auch die Haftung für Vermögensschäden, die aus der Heranziehung der Ausführungen für die eigene Anlageentscheidung möglicherweise resultieren können, kategorisch ausgeschlossen. Die Depotanteile einzelner Aktien sollten bei niedrig kapitalisierten Werten nur so viel betragen, dass auch bei einem möglichen Totalverlust das Depot nur marginal an Wert verlieren kann. Im Zusammenhang mit Termingeschäften wie Optionsscheinen und Knockout-Produkten, weisen wir ausdrücklich auf das Totalverlustrisiko hin. Zwischen dem Leser von www.Investman.de und der CM Network GmbH kommt kein Beratungsvertrag zustande, da sich unsere Empfehlungen nur auf das Unternehmen, nicht aber auf die Anlageentscheidung des Lesers beziehen. Die Informationen aus Investman.de dürfen deshalb keinesfalls als persönliche oder auch allgemeine Beratung aufgefasst werden, auch nicht stillschweigend, da der jeweilige Autor mittels veröffentlichter Inhalte lediglich seine subjektive Meinung reflektiert.

Hinweis gemäß § 34 WpHG: Wir weisen darauf hin, dass der Autor des Artikels, die CM Network GmbH, sowie Mitarbeiter der CM Network GmbH sich vorbehalten, Aktien oder Long- und Shortpositionen, die in diesem Artikel erwähnt wurden, unabhängig von der Berichterstattung, jederzeit zu kaufen und zu verkaufen, und somit ein Interessenkonflikt besteht (z.B. Teilverkäufe, Zukäufe, Komplettverkäufe, Neupositionen oder das Eingehen von Long- und Shortpositionen). Die daraus resultierenden Wertpapiertransaktionen können unter Umständen den jeweiligen Aktienkurs des Unternehmens beeinflussen. Auch hieraus resultiert ein Interessenkonflikt gemäß §34 WpHG. Zudem begrüßt und unterstützt die CM Network GmbH die journalistischen Verhaltensgrundsätze und Empfehlungen des Deutschen Presserates zur Wirtschafts- und Finanzmarktberichterstattung und wird im Rahmen der Aufsichtspflicht darauf achten, dass diese von den Autoren und Redakteuren beachtet werden.

Urheberrecht: © Copyright. CM Network GmbH, ALLE RECHTE VORBEHALTEN!

Dieser Artikel stammt von GoldSeiten.de

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/315123--Zerstoerung-des-Euro-und-Zerfall-der-Eurozone.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2019. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).